

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Unsere Delegierten arbeiten in sieben Ausschüssen mit

Bericht der liechtensteinischen Parlamentarierdelegation beim Europarat an den Landtag – grosse zeitliche Beanspruchung

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist unser Land durch die beiden ordentlichen Abgeordneten Paul Kinde (VU) und Louis Gassner (FBP) sowie durch die beiden stellvertretenden Abgeordneten Felix Hassler (FBP) und Emma Brogle (VU) vertreten. Die kleine Delegation, die in verschiedenen Ausschüssen neben der Teilnahme an den Plenumsversammlungen tätig ist, hat zuhauenden des Landtags den jährlichen Bericht abgeliefert, der auch Gegenstand der Behandlung im Landtag am nächsten Dienstag sein wird.

Der Bericht der Parlamentarierkommission enthält einen kurzen Überblick über die Tätigkeit in der Parlamentarischen Versammlung und in den Ausschüssen des Europarates, eine Darstellung der Tätigkeit der einzelnen Delegierten sowie einen Rückblick. Allerdings handelt es sich bei diesem Rückblick nicht um eine politische Wertung der Arbeit des Europarates oder der Parlamentarischen Versammlung, sondern mehr um die Zusammenfassung eines Hoffnungsschimmers für die Bewohner der Staaten hinter dem Eisernen Vorhang: «Unfreie und verfolgte Bürger in den Oststaaten erfahren, dass sich die europäischen Demokratien mit ihrem Schicksal befassen und dass auf internationalen Foren immer wieder auf die Missstände hingewiesen und Forderungen nach Verbesserungen gestellt werden. Dies mag in den Augen vieler Bürger westlicher Demokratien wenig erscheinen, für die Betroffenen bedeutet es sehr viel. Es gibt ihnen Mut und stärkt sie in ihren Bemühungen um die Respektierung der Menschenrechte in ihren Ländern.»

Einhaltung der Menschenrechte

Mit diesen Fragen hatte sich vor allem Felix Hassler (FBP) als Mitglied im «Ausschuss für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedländern» zu befassen, da die Hauptarbeit des Ausschusses in der Beobachtung der Einhaltung der Menschenrechte in den Ländern Europas, die dem Europarat nicht angehören, vornehmlich natürlich der Ost-Staaten, besteht. Berichte wurden über die Situation in den Gefängnissen der DDR, über die Eigenstaatlichkeit der baltischen Staaten sowie über die deutschstämmigen Russen vorgelegt. Ausserdem tagte in Ungarn die Paneuropäische Bildungsforschungskonferenz, an der Felix Hassler (FBP) ebenfalls teilnahm. Über diese Arbeit berichtet er folgendes: «Im Anschluss an diese Konferenz in Ungarn hatte ich den Auftrag erhalten, Mitgliedern der ungarischen Regierung einen Besuch abzustatten, um die Beziehungen, die seit einiger Zeit zwischen Ungarn und dem Europarat bestehen, zu beleben und das Interesse des Europarates an diesen Beziehungen zu erkunden. Ich konnte dabei feststellen, dass seitens der ungarischen Regierung ein grosses Interesse am Europarat besteht. Wenn es auch nicht zu einem Beitritt Ungarns zum Europarat kommen kann, so ist Ungarn doch bereit und sehr interessiert, in verschiedenen Bereichen mit dem Europarat zusammenzuarbeiten.»

Aktive Mitarbeiter

Unsere vier Delegierten beim Europarat nahmen im letzten Jahr (genau vom

April 1986 bis Mai 1987) an der Frühjahrs- und Herbst- und Wintersession sowie der Mini-Session in Istanbul teil. Von den insgesamt 13 Fachausschüssen ist unser Land durch die vier Delegierten in sieben Ausschüssen vertreten. Delegationsleiter Paul Kinde (VU) arbeitet im «Ausschuss für politische Fragen», im Ständigen Ausschuss und im Gemischten Ausschuss mit, während Louis Gassner (FBP) als zweites Mitglied des Landtags im «Ausschuss» für Wirtschaftsfragen und Entwicklung» sowie im «Ausschuss für Wanderarbeiter, Flüchtlinge und Bevölkerungsfragen» tätig ist.

Die beiden stellvertretenden Abgeordneten Felix Hassler (FBP) und Emma Brogle (VU) sind im «Ausschuss für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedstaaten» und im «Ausschuss für Sozial- und Gesundheitsfragen» bzw. im «Ausschuss für Kultur und Erziehung» und im «Ausschuss für Umwelt», Raumplanung und lokale Angelegenheiten» vertreten. Gewählte Mitglieder und Stellvertreter helfen nach dem Bericht einander in der Mitarbeit in den Ausschüssen aus, indem jedes Ausschussmitglied auch ein Ersatzmitglied neben sich hat.

Auch untereinander findet die notwendige Kommunikation statt. Nach dem Be-

richt trafen sich die Europaratsparlamentarier innerhalb eines Jahres zu fünf Sitzungen, in denen die Mitarbeit in den Kommissionen, die Koordination mit liechtensteinischen Fachbeamten, die an Expertenkomitee-Sitzungen des Europarates teilnehmen und die Präsidentschaft im Ministerkomitee ebenso zur Sprache kam wie die finanzielle Entschädigung der Delegationsmitglieder und der Beitritt von Paul Kinde (VU) und Emma Brogle (VU) zur christ-demokratischen Fraktion.

Zeitliche Anforderungen

Für Emma Brogle (VU) und Paul Kinde (VU) als Delegationsleiter war die Arbeit in den letzten Monaten in Strassburg noch Neuland, in das sie sich, wie Paul Kinde hervorhob, zuerst einarbeiten mussten. Probleme ergaben sich nach seiner Ansicht vor allem durch die grosse zeitliche und sprachliche Beanspruchung, da die Dokumente des Europarates vorwiegend in den beiden offiziellen Europaratsprachen Englisch und Französisch vorliegen. Er führt jedoch dazu aus, «dass die Mitgliedschaft Liechtensteins beim Europarat für die Stärkung der Eigenständigkeit unseres Landes ein wichtiger Schritt war, der in den letzten Jahren auch entsprechende Früchte getragen ha-

be», ohne diese Früchte genauer zu benennen.

Louis Gassner (FBP), mit dem Betrieb im Europarat schon seit 1984 bekannt, arbeitet gegenwärtig an einem Bericht über «internationale Postgebühren», den die Parlamentarische Versammlung im nächsten Jahr debattieren und entgegennehmen wird.

Er beschäftigte sich im Rahmen seiner Tätigkeit im diesbezüglichen Ausschuss auch mit der Überalterung der Bevölkerung in Europa sowie dem Gleichgewicht zwischen der Arbeitenden und nichterwerbstätigen Bevölkerung. Nach seinen Ausführungen, die er in der Debatte der Parlamentarischen Versammlung vorzutrug, ist in der heutigen Gesellschaft eine spürbare Kinderfeindlichkeit festzustellen. Deshalb unterstütze er den Vorschlag des Berichterstatters, die materiellen Nachteile, die einer Familie durch Kinder erwachsen, nach Möglichkeit auszuräumen. Zur Situation der überalterten Bevölkerung in Liechtenstein bemerkte Louis Gassner (FBP), dass unser Land von dieser Problematik noch nicht sehr stark berührt wurde, die konstant hohe Quote der jüngeren Bevölkerungsschichten jedoch eine Folge des ständigen Zuwachses ausländischer Arbeitskräfte sei. (G.M.)

KOMMENTAR

Das Volk freut sich jedesmal, wenn sich ein Alt-Regierungschef zu Worte meldet, aus seiner Sicht Stellung zu aktuellen politischen Fragen bezieht und mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält. Das wird auch bei Alt-Regierungschef Dr. Alfred Hilbe nicht anders sein, der in seinem Liebbblatt einen «Diskussionsbeitrag» über das «ungeliebte Sozialwerk», also über die Betriebliche Vorsorge (2. Säule) veröffentlichte. Sein Diskussionsbeitrag ist allerdings dazu geeignet, Diskussionen auszulösen, beispielsweise darüber, wie oberflächlich ein Alt-Regierungschef sein darf, um in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen.

Etwas in Anlehnung an Boulevard-Stil bezeichnet Hilbe die Vorlagen über die Betriebliche Vorsorge und die Kultusbeträge als «Jahrhundertwerke» und ertotet gleichzeitig eine fast vollständige «partei-politische Polarisierung». Über diese Be-

Ist er informiert?

wertung kann man geteilter Meinung sein, doch ist der inflationäre Gebrauch des Begriffs «Jahrhundertwerk» der Sache bestimmt nicht sonderlich förderlich.

Im weiteren beklagt der Alt-Regierungschef, dass der Kommissionsbericht «für Nichtparlamentarier nicht zugänglich» sei. Hier irrt der Staatsmann, denn diesmal liess sein Parteifreund, Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU), schon zwei Wochen vor der Landtagssitzung für die breitere Öffentlichkeit die Sperrfrist für den Kommissionsbericht lockern. Richtig ist hingegen, dass sich der Landtagspräsident bislang immer sträubte, mit welcher Legitimation auch immer, die Kommissionsberichte längere Zeit vor der Sitzung des Landtags herauszugeben.

Offensichtlich nahm Hilbe in Kenntnis dieser umstrittenen Tatsache nicht an, dass sich hier eine Änderung ergeben könnte. Doch weit gefehlt – zumindest diesmal!

Hilbes Klage geht auch darüber, dass die Öffentlichkeit nicht wisse, was zwischen erster Behandlung im Landtag und Detailbehandlung «für die eigentliche Entscheidung» geschehen ist. Gehört er nicht jener Partei an, die für sich – wenigstens in Wahlkampfzeiten und bei den geschickt inszenierten Parteitagen – in Anspruch nimmt, immer von der Basis her die Entscheidungen zu erarbeiten? (G.M.)

«Durchbruch» in Ost-West-Beziehungen

Regierungsbericht des bundesdeutschen Kanzlers Kohl «zur Lage der Nation»

Bonn (AP) Der Deutsche Bundestag hat es mit der Mehrheit der Stimmen der Bonner Regierungskoalition abgelehnt, sich die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl für den Verzicht auf die Pershing-1a-Raketen ausdrücklich zu eigen zu machen. Nach einer gut vierstündigen deutschlandpolitischen Debatte vor spärlich besetztem Plenum wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, den Verzicht ausdrücklich zu begrüssen, am Donnerstag in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Verabschiedet wurde stattdessen eine von der Koalition vorgelegte Entschliessung, in der der Pershing-Verzicht, der zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU geführt hatte, lediglich indirekt angesprochen wird: Der Regierung wird darin bescheinigt, sie habe zu der amerikanisch-sowjetischen Einigung über die weitestgehende Beseitigung ihrer atomaren Mittelstreckenraketen «Wesentliches beigetragen».

An den Ältestenrat überwiesen wurde ein SPD-Antrag, der konkrete Schritte zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bundestag und DDR-Volks-

kammer fordert. Die SPD hatte auf eine sofortige Abstimmung darüber verzichtet, um eine Einigung darüber möglich zu machen.

Grundlage der Debatte war der jährliche Regierungsbericht zur Lage der Nation, den Kohl in Form einer 55minütigen Regierungserklärung abgegeben hatte. Dabei würdigte Kohl die Einigung zwischen Washington und Moskau als «beispiellosen Durchbruch» in den Ost-West-Beziehungen und nannte die erheblich gestiegene Zahl der Besucher aus der DDR den wichtigsten Erfolg seiner Deutschlandpolitik.

Dynamik entwickelt

Kohl bezeichnete den Bonn-Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und die Verständigung zwischen den Grossmächten über die Mittelstreckenraketen zwei herausragende Ereignisse, die die Menschen in diesem Jahr besonders bewegt hätten. In ihnen komme der gegenwärtige Stand der Ost-West-Beziehungen zum Ausdruck, die mittler-

weile eine Dynamik entwickelt hätten, die noch vor wenigen Jahren von vielen als Utopie abgetan worden sei.

Kohl bekräftigte die Grundsatz- und Rechtspositionen der Bonner Deutschlandpolitik. Die Bundesregierung achte die bestehenden Grenzen, wolle aber die Teilung Deutschlands und Europas auf dem Weg friedlicher Verständigung überwinden. Solange die Deutschen voneinander getrennt seien, sei es Aufgabe der Regierungspolitik, die schmerzlichen Folgen der Teilung Deutschlands zu lindern. Das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu stärken sowie Verbindendes zu erhalten und neue Gemeinsamkeiten zwischen ihnen zu stiften.

10,6 Mio. Franken Defizit

Bündner Regierung legt Budget für 1988 vor

Chur (spk) Der Kanton Graubünden rechnet für 1988 in der Laufenden Rechnung bei einem Aufwand von 1,1 Mrd Franken mit einem Defizit von 10,6 Mio Franken. Es komme nicht überraschend, dass man nicht an die günstigen Abschlüsse der vergangenen Jahre anschliessen könne, heisst es dazu am Donnerstag in einer Pressemitteilung des Regierungsrates. Angesichts der Mehrbelastungen durch Steuergesetzrevision, Reallohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sei man zufrieden.

Der Regierungsrat betont, er habe bei verschiedenen Gelegenheiten auf die mögliche Anspannung im Finanzhaushalt des Kantons für die nächsten beiden Jahre hingewiesen. Es seien denn auch besonders die beiden erwarteten Einflussgrößen, die trotz zurückhaltender Ausgabenpolitik und günstiger allgemeiner wirtschaftlicher Rahmenbedingungen den Ausgleich der Laufenden Rechnung verunmöglichen. So schlagen sich die mit der Steuergesetzrevision verknüpften

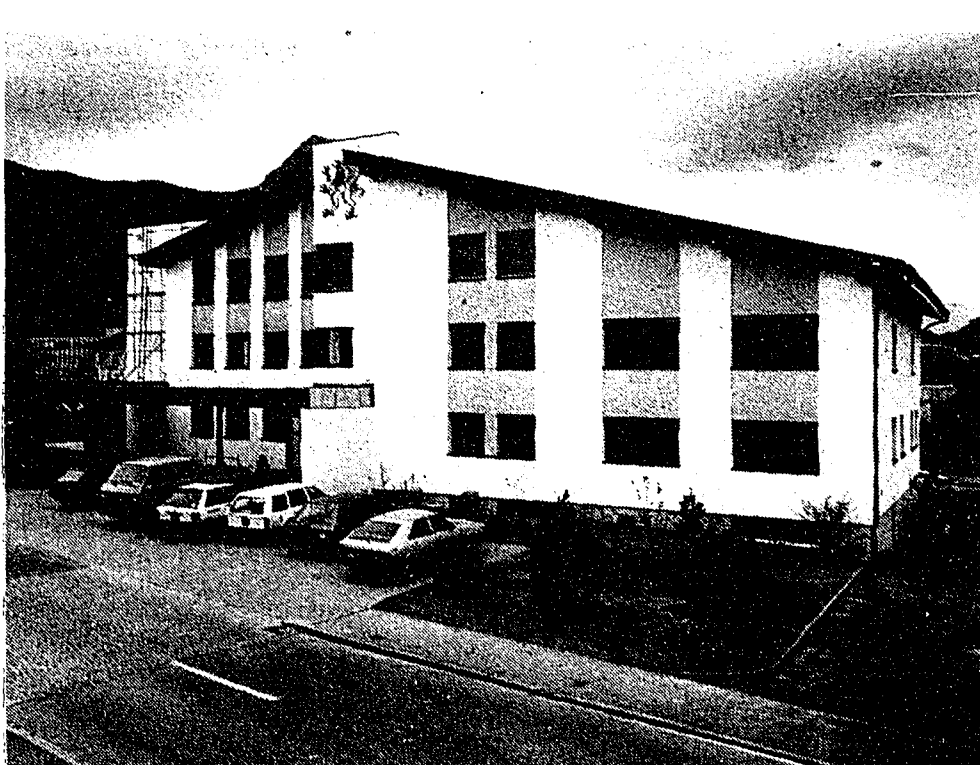
Steuerausfälle mit 35 bis 40 Mio erstmals voll nieder. Dazu belasten die Realisierung der beschlossenen Reallohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung für das kantonale Personal und die Lehrerschaft das Budget mit neuen, wiederkehrenden Aufwendungen von rund 10 Mio Franken, wobei für 1988 noch nicht alle der auf 16 Mio veranschlagten Mehrkosten eingeschlossen sind.

60 Prozent Deckung

Die Investitionsrechnung sieht Bruttoausgaben von 315 Mio und Einnahmen von knapp 150 Mio vor. Die Nettoinstitutionen machen damit 165 Mio Franken aus. Aus der Laufenden Rechnung stehen als Finanzierungsmittel für Investitionen 98 Mio zur Verfügung. Damit können die vorgesehenen Nettoinvestitionen zu 59,3 Prozent gedeckt werden. Dies bedeutet, dass zur vollständigen Finanzierung ein Fehlbetrag von 67,2 Mio Franken resultiert.

«Neues» Gemeindehaus für Balzers

Feierliche Eröffnung des neugestalteten Gemeindehauses am Sonntag



Weil das ehemalige Gemeindehaus in Balzers, das in den Jahren 1959/1960 erbaut wurde, in verschiedenster Hinsicht den gestiegenen Anforderungen nicht mehr genügen konnte, gaben die Stimmberechtigten im Jahre 1985 grünes Licht für ein grosses Umbauprojekt, das nun vollendet werden konnte. Am kommenden Sonntag ist die Einwohnerschaft zur feierlichen Eröffnung und Einsegnung des neugestalteten Gemeindehauses eingeladen. An diesem «Tag der offenen Tür» haben alle Besucher die Gelegenheit, die neuen Räumlichkeiten, vor allem den grossen und kleinen Saal sowie das Vereinszimmer erstmals zu besichtigen – Informationen darüber, was seit Baubeginn am 12. Februar letzten Jahres bis heute gemacht wurde, gibt eine Baureportage im Innern der heutigen Ausgabe. Unser Bild zeigt eine Aussenansicht des Hauses, das dieser Tage noch den «letzten Schliff» erhält. (Bild: Brigitt Risch)

Mehr Nutzen
weniger Computer

MICOMP
Kompetente PC-Beratung

MICOMP Aktiengesellschaft
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen
Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung